

In der aufgeheizten Debatte über Antisemitismus in Deutschland sind die Juden nur ein Spielball in einem größeren Kampf

Shira Miron, haaretz.com, 11.01.25

Der Streit darüber, was Antisemitismus in Deutschland ist, steht nicht in direktem Zusammenhang mit der Sicherheit und dem zukünftigen Wohlergehen der jüdischen und israelischen Bevölkerungsgruppen in Deutschland. Dennoch ist die israelische Regierung entschlossen, einzugreifen.

Der Eindruck, dass der Antisemitismus von ausländischen Akteuren nach Deutschland importiert wird, ermöglicht es nicht nur, ihnen die Schuld zuzuschreiben, sondern auch, sie zu benutzen, um die Förderung einer konservativen politischen Plattform – nationalistisch und ausländerfeindlich – zu rechtfertigen.

Nur wenige Menschen außerhalb Deutschlands dürften von der „Forschungsförderungsaffäre“ gehört haben, wie der Skandal genannt wurde, der die deutsche Hochschulwelt im vergangenen Frühjahr erschütterte. Den Anfang der Kette von Ereignissen machte ein offener Brief, der von mehr als 1.000 Fakultätsmitgliedern aus Universitäten in ganz Deutschland und anderen Ländern unterzeichnet wurde.

Die Unterzeichner wandten sich gegen das polizeiliche und juristische Vorgehen gegen Dutzende von pro-palästinensischen Studenten, die sich im Mai letzten Jahres auf dem Campus der Freien Universität Berlin verbarrikadiert hatten, um gegen Israels Vorgehen im Gazastreifen zu protestieren, und die sich geweigert hatten, auf polizeiliche Aufforderung hin das Gelände zu räumen.

Die Unterzeichner erklärten, dass sie sich für die Verteidigung der demokratischen Rechte der Studenten einsetzen, insbesondere für die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, und zwar unabhängig von ihrer eigenen politischen Position. Zum Hintergrund des Studentenprotests verwiesen die Wissenschaftler auf die wachsende humanitäre Krise im Gazastreifen und auf Berichte über eine bevorstehende Invasion von Rafah.

Die Reaktion der Regierung kam prompt. Die damalige Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger von der FDP sagte der Bild-Zeitung, der Brief habe sie „sprachlos“ gemacht, und deutete an, dass die Unterzeichner versuchten, die deutsche Verfassung zu untergraben. Einen Monat später enthüllten Medienberichte, dass das Bildungsministerium eine geheime Prüfung der Möglichkeit angeordnet hatte, staatliche Forschungsgelder, die den Unterzeich-

nen des Briefes gewährt worden waren, zu streichen und ihnen künftige Gelder zu verweigern. Darüber hinaus wurde eine gerichtliche Untersuchung wegen eines möglichen Verstoßes gegen nichts Geringeres als das Gesetz gegen Aufwiegelung, insbesondere antisemitischer Art, angeordnet.

Die öffentliche Wut über das, was als Versuch der Zensur und als grober Eingriff der Politik in die akademische Forschung, Lehre und Meinungsfreiheit empfunden wurde, ließ nicht lange auf sich warten. In einem Land wie Deutschland, in dem die überwiegende Mehrheit der Hochschulen und Forschungseinrichtungen öffentlich sind, ist die Gefahr einer Verflechtung der Wissenschaft mit der Politik kein hypothetisches Szenario. Die Unterordnung der Wissenschaft unter die Politik während des Naziregimes und danach in Ostdeutschland ist hier nicht vergessen worden.

Die Medienberichte über die mutmaßlichen Bemühungen der Regierung, die vehement dementiert wurden, führten schließlich zu einer Schuldzuweisung an die Mitarbeiter des Bildungsministeriums und zur Entlassung von dessen Generaldirektorin Sabine Döring. Sie ihrerseits behauptete, dass alles ein Missverständnis gewesen sei, und versuchte, ihre Darstellung der Ereignisse öffentlich zu machen. Zu diesem Zweck reichte sie zwei Klagen vor Gericht ein, um die Aufhebung der für alle Beamten geltenden Geheimhaltungspflicht zu erreichen. Ihre Anträge wurden jedoch abgelehnt.

Döring, eine Philosophieprofessorin, die von der Universität Tübingen in das Ministerium kam, ist inzwischen in die Wissenschaft zurückgekehrt und hat sich in letzter Zeit mehrfach gegen jeden direkten oder indirekten politischen Versuch der Einflussnahme auf die akademische Forschung ausgesprochen. Soweit bekannt ist, wurde keiner der Unterzeichner des Briefes von den Behörden befragt, und niemandem wurden die Forschungsgelder gestrichen. Aber der Schaden für das Vertrauen in die Motive, die für die Zuweisung öffentlicher Mittel ausschlaggebend sind, sowie die Sorge um eine mögliche Beeinträchtigung der Freiheit der Forschung waren bereits angerichtet worden.

Diese Episode, die hier immer noch nachhallt, ist ein markantes Beispiel dafür, wie die innerdeutsche Diskussion darüber, was Antisemitismus ist und welche Maßnahmen gegen diejenigen ergriffen werden sollten, die verdächtigt werden, ihn zu äußern, die Nerven im Lande berührt und weit über die lokale jüdische und israelisch-ausländische Gemeinschaft hinausgeht. Mit anderen Worten: Antisemitismus wird in Deutschland nicht nur mit Juden und schon gar nicht nur mit dem Staat Israel in Verbindung gebracht, auch wenn der jüdische Staat das Gegenteil behauptet und immer wieder das Monopol für sich beansprucht, zu bestimmen, was Antisemitismus ist und wie seine Definition hier anzuwenden ist, und zwar schon lange vor dem 7. Oktober und noch nachdrücklicher seitdem.

Dieser Zustand wurde von einem Expertengremium zum Thema Antisemitismus am Ende einer Konferenz über Aktivismus und Wissenschaft, die letzten Monat am Leibniz-Zentrum für Literatur- und Kulturforschung in Berlin (wo ich als Gastwissenschaftler tätig bin) stattfand, anschaulich dargelegt. Auf dem Podium wurden die Kräfte diskutiert, die an der Definition des Kampfes gegen Antisemitismus und an der Durchsetzung dieser Definition im öffentlichen Leben beteiligt sind, und zwar aus der Perspektive des Kräfteverhältnisses zwischen Staat und Wissenschaft. Die Entscheidung, eine Diskussion zu diesem Thema im Zusammenhang mit einer Konferenz zu führen, deren Teilnehmer größtenteils nichts mit der Erforschung der jüdischen oder israelischen Geschichte und Kultur zu tun haben, war ein deutlicher Hinweis darauf, dass es sich hierbei in erster Linie um ein innerdeutsches Problem handelt.

Hintergrund ist der Bundestagsbeschluss „Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken“, der im November 2024 gefasst wurde, sowie ein sich anschließender Beschluss, „Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Schulen und Hochschulen entschieden entgegenzutreten und einen Freiraum für den Diskurs zu sichern“.

Trotz des quasi-juristischen Wortlauts sind die Erklärungen nicht bindend; sie sind ein Versuch, die Grauzone außerhalb des eindeutigen Geltungsbereichs des Gesetzes zu regeln und zu definieren. Wie die Episode mit den Forschungsgeldern sehr deutlich gezeigt hat, ist die Macht eines demokratischen Staates, einzugreifen und eine ideologische Agenda durchzusetzen, nicht nur auf die Grenzen des Gesetzes beschränkt.

Ein zentrales Element der Kontroverse in beiden Entschliefungen ist die enthusiastische Übernahme der von der *International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)* formulierten Arbeitsdefinition von Antisemitismus als Ausgangspunkt, sowohl für die „Bekämpfung des Antisemitismus in Deutschland“ als auch für die „Förderung jüdischen Lebens“ in Deutschland. Bei dieser Entscheidung wurden Warnungen von Wissenschaftlern, Politikern und Intellektuellen vor einer Reihe von Problemen, die der IHRA-Definition innewohnen, in krasser Weise ignoriert. Am problematischsten ist, dass die Anwendung der Definition in ihrer strengen Auslegung die Möglichkeit einschränkt, den Staat Israel zu kritisieren, ohne dass diese Kritik als antisemitisch eingestuft wird.

Die Kritik an diesem Ansatz führte zur Formulierung einer Reihe von alternativen Definitionen von Antisemitismus. Zu den bemerkenswertesten Beispielen gehören das „Nexus-Dokument“ (aktualisiert 2024), das sich mit dem „Antisemitismus in seiner Verbindung mit Israel und dem Zionismus“ befasst, und die *Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus (2021)*, die eine „klare Anleitung zur Identifizierung und Bekämpfung von Antisemitismus bei gleich-

zeitigem Schutz der freien Meinungsäußerung“ bieten soll. Zumindest in Deutschland stießen solche Korrekturen an der IHRA-Arbeitsdefinition jedoch auf staatliches Desinteresse.

Wie die Referenten und einige Zuhörer auf der Berliner Konferenz sehr deutlich machten, schadet eine pauschale Übernahme der Bundestagsdefinition durch deutsche Kultur- und Bildungseinrichtungen und ihre Überführung in ein politisches Instrument nicht nur der Forschungsfreiheit der Hüter des verborgenen Wissens in ihren Elfenbeintürmen. Sie ignoriert auch gefährliche antidemokratische Tendenzen in der deutschen Gesellschaft – im besten Fall – und könnte sie sogar fördern.

Abgesehen davon, dass die Diskussion darüber, wie die Grenze zwischen Kritik an der israelischen Politik und Antisemitismus zu ziehen ist, aus der akademischen und öffentlichen Diskussion entfernt wird, markiert die eindeutige Anwendung einer umstrittenen Definition in Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit diejenigen, die des Antisemitismus verdächtigt werden, im Voraus und entlastet andere vom Verdacht.

In der ersten Entschließung des Bundestages wird zum Beispiel „das alarmierende Ausmaß des Antisemitismus aufgrund der Zuwanderung aus Nordafrika und dem Nahen Osten“ festgestellt. Diese Behauptung, deren rassistische Untertöne ziemlich auffällig sind, führte zum Paradox einer ausdrücklichen Unterstützung der Entschließung durch die rechtsextreme Partei AfD (Alternative für Deutschland), deren populäre einwanderungsfeindliche Agenda dafür berüchtigt ist, dass sie oft die unverhohlenen „klassischen“ antisemitischen Tendenzen vieler ihrer Mitglieder deckt.

Der Eindruck, dass der Antisemitismus von ausländischen Akteuren nach Deutschland importiert wird, sei es von Einwanderern aus Staaten mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit oder von progressiven Bewegungen aus dem Ausland, ermöglicht es nicht nur, ihnen die Schuld zuzuschieben, sondern auch, sie zu benutzen, um die Förderung einer konservativen politischen Plattform – nationalistisch und ausländerfeindlich – zu rechtfertigen. Diese Agenda steht nicht in direktem Zusammenhang mit der Sicherheit und dem künftigen Wohlergehen der jüdischen und israelischen Gemeinden in Deutschland, sondern benutzt sie als Instrument.

Es ist daher zu befürchten, dass der leidenschaftliche Ruf nach „Schutz und Bewahrung“ jüdischen Lebens unter Ausschluss jeglicher Diskussionsmöglichkeit seiner Bedeutung auf eine eindimensionale Definition jüdischer Existenz auf der Grundlage des Phänomens des Antisemitismus hinausläuft. Dies führt dazu, dass die Vielfalt jüdischer Meinungen und Positionen aus dem demokratischen Raum der Diskussion, der Forschung und der Meinungsvielfalt im Rahmen der deutschen Gesellschaft als Ganzes entfernt wird.

Wir müssen auch die Einmischung der israelischen Regierung in diese innerdeutsche Angelegenheit berücksichtigen. Wie einige Mitglieder des Podiums auf der Berliner Konferenz betonten, handelt es sich um dieselbe Regierung, die selbst aus rechtsextremen Mitgliedern besteht und enge Beziehungen zu rechtsextremen und antisemitischen Kräften in Deutschland unterhält, die sich nicht zu den demokratischen Grundsätzen dieses Landes bekennen.

Ein Redner erinnerte beispielsweise daran, wie Ministerpräsident Benjamin Netanjahu bereits 2018 in krasser Weise in die heikle Schnittstelle zwischen Politik und Kultur eingegriffen hat, als er unter grober Verletzung des diplomatischen Protokolls Bundeskanzlerin Angela Merkel aufforderte, die staatliche Unterstützung für das Jüdische Museum in Berlin zu kürzen, weil dort eine Ausstellung über ein multikulturelles Jerusalem gezeigt wurde, die er als „einseitig und pro-palästinensisch“ bezeichnete.

Die deutschen Medien bezeichneten diesen Vorfall als „einen in seiner Schärfe beispiellosen Versuch der direkten Einmischung in die politische Dynamik der Kultur und in die deutsche Zivilgesellschaft“. Die Angelegenheit geriet in Vergessenheit, als 2019 ein noch größerer Skandal auftrat, der zum Rücktritt des Museumsdirektors Peter Schäfer führte und nach den Ereignissen des vergangenen Jahres wieder in das öffentliche Gedächtnis zurückkehrte.

Dieses problematische Verhalten ist ein Beispiel für die vielen hartnäckigen und anhaltenden Bemühungen des Staates Israel, eine strenge bis drakonische Auslegung der IHRA-Definition von Antisemitismus durchzusetzen, um sie als Instrument zur Gestaltung der Politik in der westlichen Welt zu nutzen. Die Idee scheint darin zu bestehen, den Staat Israel mit fast vollständiger Immunität gegenüber jeglicher Kritik auszustatten.

Im Nachhinein und insbesondere im Lichte der Affäre um die Forschungsgelder können Netanjahus Intervention und viele andere Äußerungen offizieller israelischer Vertreter in den letzten Jahren als Beispiele für unangemessene Einmischung angesehen werden. Viele Beobachter, darunter jüdische Wissenschaftler und Künstler, von denen einige absurderweise als „Antisemiten“ bezeichnet wurden, betrachten das Verhalten des offiziellen des Staates Israel und seiner Vertreter bestenfalls als seltsam und schlimmstenfalls als brutal und schädlich.

Diese Intervention ist ein klares Zeugnis dafür, dass der Staat Israel sich als Eigentümer der Definition von Antisemitismus und ihrer Anwendung fühlt. Sie zeigt auch die israelische Ignoranz gegenüber der Tiefe und den verzweigten Implikationen des laufenden deutschen Diskurses über die Grenzen des Antisemitismus im heiklen Dreieck der Beziehungen zwischen Gesellschaft, Politik und Kultur.

Shira Miron ist Doktorandin am Fachbereich Germanistik der Universität Yale und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Zentrum für Literatur- und Kulturforschung in Berlin.

Quelle: <https://www.haaretz.com/israel-news/2025-01-11/ty-article-magazine/.highlight/in-the-fraught-debate-over-antisemitism-in-germany-jew-are-just-a-pawn-in-a-larger-battle/00000194-5237-d775-ab9f-53bf130a0000>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de